



Bologna weiter machen!

Grüne Ideen für mehr Flexibilität,
Mobilität und Gerechtigkeit bei
Bachelor und Master

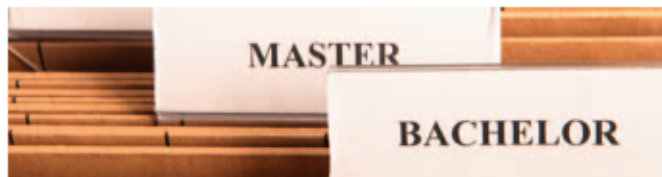
Editorial*Liebe Leserin, lieber Leser,*

die europaweite Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen im Zuge des Bologna-Prozesses ist unumkehrbar. Die damit verbundenen Hauptziele der größeren internationalen Mobilität und flexibleren Studienorganisation bleiben richtig. Dennoch sind die Probleme unübersehbar. Studierendenproteste gegen die Umsetzung der Studienreform waren und sind notwendig, denn Bundes- und Landesregierung sowie Hochschulen schieben sich die Verantwortung für Fehlentwicklungen gegenseitig in die Schuhe.

Dieses Schwarze-Peter-Spiel auf Kosten der Studierenden und Lehrenden muss beendet werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag will verbindliche Regelungen im Hochschulgesetz für flexible und innovative Studiengänge, die Mobilität fördern statt behindern und der Lebenswelt der Studierenden gerecht werden. Das schränkt die Hochschulautonomie nicht ein, sondern ermöglicht gemeinsam mit einer Stärkung der studentischen Beteiligungsrechte die Reform der Reform in den Hochschulen vor Ort. Nur so können wir Bologna **weiter** machen.

Master für alle

Viele Hochschulen bauen vor dem Zugang zum Master hohe Hürden auf. Zum Teil ist nur für ein Drittel der BachelorabsolventInnen ein Master vorgesehen. Sogar bei fachlich aufeinander aufbauenden (konsekutiven) Studiengängen werden Zugangsbedingungen geschaffen, die über den notwendigen Erwerb eines Bachelor-Abschlusses hinausgehen. Die Studiengebührenfreiheit an sächsischen Hochschulen gilt nur für den konsekutiven Master.



Wir wollen allen Bachelor-AbsolventInnen den Zugang zum Master ermöglichen. In konsekutiven Studiengängen soll der Bachelor die alleinige Zugangsvoraussetzung sein. Darüber hinaus wollen wir die Hochschulen verpflichten, ein Master-Angebot im Umfang der Bachelor-AbsolventInnen-Zahlen abzusichern. Das sichert allen Bachelor-AbsolventInnen einen Master-Platz und ermöglicht zugleich den Hochschulen eine Auswahl für spezialisierte Masterstudiengänge.

Chancen für eine echte Studienreform nutzen – Studium lebensnah gestalten

Die Chancen der Studienreform wurden von den sächsischen Hochschulen bisher nur unzureichend genutzt. An ihnen sind derzeit weder flexible Studieneingangsphasen noch Teilzeitstudiengänge vorzufinden. Die Stoffdichte ist groß, der Anteil der Lehrveranstaltungen hoch und innovative Studienformen sind die Ausnahme. Oft wurden alte Studiengänge lediglich in die neue Struktur transformiert - eine echte Studienreform fand nicht statt.

Wir wollen die Bedingungen für eine tatsächliche Reform und eine lebensnahe Gestaltung des Studiums verbessern. Alle, deren Lebensumstände es erfordern, sollen in Teilzeitform studieren können. Studierende, die es wünschen, sollen eine Studieneingangsphase absolvieren können, nach der sie sich endgültig für ein Fach entscheiden. Innovative Lehrformen wollen wir durch verbindliche Regelungen zur Hochschuldidaktik fördern.

Mobilität ermöglichen

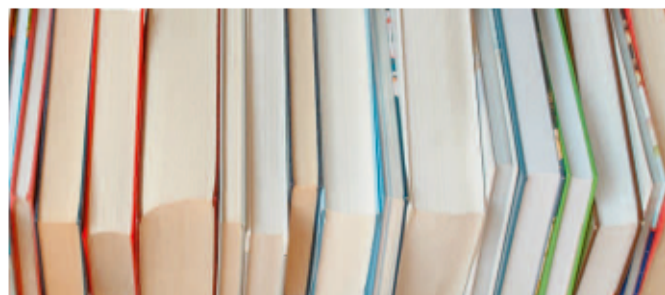
Studiengänge sind meist so vollgepackt, dass das Auslandssemester ein Traum bleibt. Auch führen finanzielle Unsicherheiten besonders bei älteren Studierenden durch Wegfall von Kindergeld und BAföG-Anspruch dazu, dass sie sich ein oder zwei Semester im Ausland nicht leisten können. Dadurch wird das Ziel der Mobilität im europäischen Hochschulraum in das Gegenteil verkehrt.

Wir wollen das gegenwärtige BAföG-Modell durch eine elternunabhängige, existenzsichernde Studienfinanzierung ablösen, um durch finanzielle Sicherheit auch die Mobilität der Studierenden zu erhöhen. Studienordnungen sollen Mobilitätsfenster für Auslandsaufenthalte und Praktika vorsehen.



Prüfungslast einschränken, Anwesenheitskontrollen abschaffen

Die hohe Anzahl an Prüfungen und die stark verbreiteten Anwesenheitskontrollen gehen zu Lasten der Vertiefung und der Freiheit des Studiums. Gegenüber Diplom- und Magisterstudiengängen wurde die Prüfungslast für Prüfende wie Studierende verdoppelt bis verdreifacht. Die deutlich ausgeweiteten Anwesenheitskontrollen erschweren insbesondere Studierenden mit Kindern das Studium, widersprechen zudem der rechtlich verankerten Freiheit des Studiums und errichten unnötige Hürden für den Studienabschluss.



Wir wollen, dass die Prüfungslast deutlich, in der Regel auf eine Prüfung pro Modul, beschränkt wird. Anwesenheitskontrollen sollen nur noch in Ausnahmefällen zulässig sein.



Studentische Beteiligung stärken

Der studentische Einfluss auf die Gestaltung der Studienbedingungen ist gegeben, aber an einigen Stellen unzureichend. Vielfach werden studentische Voten gegen Studienordnungen überstimmt. Der Ausgleich des Zeitaufwandes studentischen Engagements kann nur unzureichend durch Freisemester (Gremiensemester) kompensiert werden.

Wir wollen die bisherige Regelung aufheben, wonach StudierendenvertreterInnen innerhalb eines Gremiums überstimmt werden können. Regelungen zur Studienorganisation sollen so nicht mehr gegen die Interessen der Studierenden getroffen werden. Die Rechte der Studierenden wollen wir verbindlich und in vertraglicher Form durch Studienvereinbarungen festschreiben.

Um die Spielräume für studentisches Engagement zu erhöhen, sollen Freisemester im zeitlichen Umfang der tatsächlichen Gremienmitgliedschaft gewährt werden.



Studiengänge rechtssicher machen

Für viele Studierende von Bachelor- und Masterstudiengängen besteht eine erhebliche Unsicherheit, ob ihr Studiengang rechtssicher ist und der von ihnen angestrebte Abschluss überhaupt anerkannt wird. Bei einem Großteil der neuen Studiengänge ist die inhaltliche und rechtliche Verbindlichkeit noch nicht gegeben. Lediglich ein Teil der Studiengänge wurde akkreditiert und gilt damit im Sinne der Bologna-Kriterien als anerkannt. Zum Teil liegen erhebliche Qualitätsmängel bei der Erarbeitung der neuen Studiengänge vor. Für jeden fünften Studiengang in Sachsen bestehen keine genehmigten Studien- und Prüfungsordnungen.

Wir wollen die Studien- und Prüfungsordnungen mit einer Genehmigungsfiktion ausstatten. Sie müssen dem Wissenschaftsministerium angezeigt werden und gelten nach einer Frist von zwei Monaten als genehmigt.

Lehre flexibler gestalten

Durch die Einführung der neuen Studiengänge ist der Bedarf an Lehrenden vielfach gestiegen, ohne dass zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden konnte.

Wir wollen, dass der Personaleinsatz vollständig in die Hände der Hochschulen gelegt wird, ohne die Tarifbindung und die Beschäftigung als Landesbedienstete aufzugeben. Die Regelung der Dienstaufgaben soll nicht mehr durch den Freistaat, sondern durch die Hochschulen selbst erfolgen. Zudem wollen wir die Möglichkeit einer Gesamtlehrvereinbarung schaffen, die das Volumen der zu erbringenden Lehrleistungen definiert und die konkrete Umsetzung in die Hände der Fakultäten legt.



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefax: 0351 / 493 48 09

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg

hochschulpolitischer Sprecher
Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
Telefon: 0351 / 493 48 10 (Anordnung!)
E-Mail: karl-heinz.gerstenberg@slt.sachsen.de

Parlamentarische Beratung

Michael Moschke
Telefon: 0351 / 493 48 35
E-Mail: michael.moschke@slt.sachsen.de

Diese Publikation dient der Information und darf nicht zur
Wahlwerbung eingesetzt werden.

www.hochschulreform-sachsen.de

*V.i.S.d.P.: Andreas Jahnel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden; gedruckt auf 100% Recyclingpapier;
Fotos: ??; Stand: Oktober 2013*